



Verband der höheren Verwaltungsbeamten Baden-Württemberg e.V.

April 2012

Verbandsnachrichten

Einladung

zur Verbandsexkursion nach Baden-Baden am 25. September 2012

Abfahrt mit dem Bus ist in Stuttgart am altbewährten Platz neben dem Ministerium für Finanzen und Wirtschaft um 12.15 Uhr. Zusteigemöglichkeit besteht in Karlsruhe am Südausgang des Hauptbahnhofs um 13.15 Uhr. Bitte sagen Sie es bei der Anmeldung, wenn Sie davon Gebrauch machen wollen.

Programm:

Zuerst empfängt uns Herr Oberbürgermeister Gerstner im Rathaus der Stadt Baden-Baden. Dort startet um 15.00 Uhr eine Stadtführung. Für 16.15 Uhr steht die Besichtigung der Tatortfilmstudios des SWR sowie der Besuch einer besonders sehenswerten Lasershow auf dem Programm. Gesteigert wird der Genuss durch einen Besuch des Weinbistro & Restaurants RIZZI, das mit den Worten wirbt:

„Das Leben ist schön“.

Die Rückkehr in Stuttgart am Hauptbahnhof ist für ca. 21.30 Uhr vorgesehen - natürlich mit vorheriger Ausstiegsmöglichkeit in Karlsruhe.

Wie immer verlangen wir einen Unkostenbeitrag von 10 €, der im Bus eingesammelt wird.

Bitte melden Sie sich ab sofort an bei Frau Anita Hausmann (Tel. 0711 / 123 – 2307,

Fax 0711 / 123-2094, E-Mail: Anita.Hausmann@mfw.bwl.de).

Gäste sind uns herzlich willkommen.

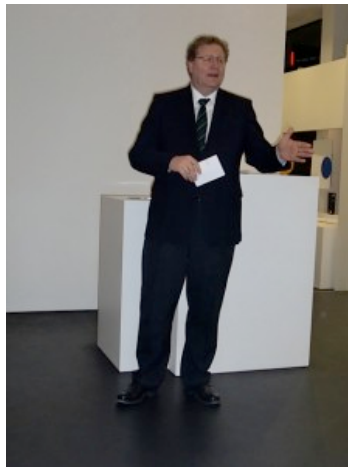
Anschrift: Landesvorsitzender Bernhard Freisler
Regierungspräsidium Stuttgart
Ruppmannstraße 21
70565 Stuttgart

privat: Böllatweg 36
73734 Esslingen

Telefon: 0711/904 17100

Mitgliederversammlung

Unsere diesjährige gut besuchte Mitgliederversammlung begann mit dem Gastvortrag von **Herrn Ministerialdirektor Wolfgang Leidig** vom Ministerium für Finanzen und Wirtschaft. Aufgrund der noch ganz frischen Sparbeschlüsse der Landesregierung, die erhebliche Einbußen bei der Beamtenbesoldung vorsehen, war das Interesse der Mitglieder an seinen Ausführungen entsprechend groß. **Herr Leidig** nutzte die Gelegenheit, die Wertschätzung der Landesregierung für die sehr gute Arbeit der Landesbeamten zu überbringen. Allerdings führte er auch aus, dass diese Wertschätzung trotz sprudelnder Steuereinnahmen weder in eine angemessene Besoldung noch ausreichende Personalstellen fließen werde. Es sei das Ziel des Landes, nachhaltig einzusparen, um die Leistungsfähigkeit der Verwaltung dauerhaft zu gewährleisten. Die 180 Neustellen in den Ministerien sollen daher noch in dieser Legislaturperiode wieder abgebaut werden.



Die 2012 beschlossenen Einsparungen bei den Beamten, insgesamt 130 Mio., bedeuten konkret:

1. Eine spätere Besoldungsanpassung (im Tarifbereich erfolgte diese zum 1. Januar)
 - a) bis A10 zum 1. März
 - b) ab A11 zum 1. August

Gleiches gilt für die Ruhestandsbezüge.

2. In Bezug auf die Beihilfe

a) eine Erhöhung des Beitrags für Wahlleistungen von 13 Euro auf 22 Euro

b) eine Erhöhung der Kostendämpfungspauschale um 25%

Ziel seien strukturelle Einsparungen, die dauerhaft wirken. Hierfür strebe die Landesregierung eine Vereinbarung über die Legislaturperiode hinaus an, um Verlässlichkeit zu gewährleisten. In diesem Zusammenhang ging **Herr Leidig** auch auf den Personalplan 2020 ein, der in der Koalitionsvereinbarung genannt ist. Ziel sei festzulegen, welche Aufgaben zukünftig noch wahrgenommen werden sollten, aber auch welche Qualifikationen und wie viele Stellen dafür benötigt würden. Ein Stellenabbauprogramm sei damit nicht verbunden. Wer wann mit der Erarbeitung dieses Personalplans beginne, stehe noch nicht fest. Der VHV forderte hier eine frühzeitige Einbindung.

Weiter führte **Herr Leidig** aus, dass die Dienstrechtsreform gut angelaufen sei. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie die Flexibilität der Arbeit seien gut voran gekommen. Das verstärkt betriebene Gesundheitsmanagement richte sich nicht nur auf Prävention, sondern auch auf ganz konkrete Fragen zur Ausstattung der Arbeitsplätze.

Auf Nachfrage versicherte **Herr Leidig**, dass es **keine so genannte Giftliste gebe, die eine weitere Senkung des Ruhestandsgehalts und der Beihilfequote vorsehe.**

Folgende Punkte brachten unsere Mitglieder vor:

1. Die Landesverwaltung sei ein Dienstleistungsbetrieb. Insofern sei es nicht überraschend, dass im Haushalt die Personalkosten den größten Anteil ausmachten.
2. Die Beamten - wie im Übrigen die gesamte öffentliche Verwaltung - arbeiteten an der Belastungsgrenze. Wertschätzung sollte sich aber auch in Werten ausdrücken.
3. Seit Jahren könnten kaum Stellen nachbesetzt werden. Das habe erhebliche Konsequenzen:
 - Aufgaben könnten nur noch unter permanenter Überlastung erledigt werden.
 - Der Nachwuchs falle weg, wodurch Erfahrungen und Wissen verloren gingen.
4. Aufgabenkritik könne nicht nur von unten erfolgen. Die Politik müsse die Vorgaben machen und die Vorgesetzten (und zwar nicht erst auf der mittleren Führungsebene) müssten die Verantwortung tragen, wenn die Aufgaben nicht mehr ordnungsgemäß erfüllt werden könnten.
5. Das Engagement des Landes im Gesundheitsmanagement dürfe keine Einmalaktion bleiben.
6. Immer wieder sei anzunehmen, dass die Besoldung häufig nicht der Stellenbewertung entspreche, weil zu wenig Stellen da seien. Hier müsse die Landesregierung dafür sorgen, dass die Lücke im Stellenplan des Landeshaushalts geschlossen werde.
7. Die Absenkung der Eingangsbesoldung um 4% von A 13 sei abzuschaffen. Auf ein entsprechendes Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann habe der VHV noch keine Antwort erhalten.

Herr Leidig bedankte sich für die angeregte Diskussion und sicherte zu, die angesprochenen Punkte in die weiteren Überlegungen einzubeziehen.

Interne Mitgliederversammlung:



Unser **Landesvorsitzender Bernhard Freisler** eröffnete die Mitgliederversammlung und bedankte sich für das große Interesse (46 Teilnehmerinnen und Teilnehmer). Danach gedachte man der verstorbenen Mitglieder. Es folgte der Bericht aus der Arbeit des Vorstands verbunden mit einem Stimmungsbild von der letzten Sitzung des Beamtenbundes und mit einem Hinweis auf die Ablehnung von Gesprächen mit der Landesregierung. Die Mitglieder des VHV plädierten demgegenüber für Gespräche mit der Landesregierung.

Des Weiteren berichtete **Herr Freisler** von der Arbeitstagung des Verbands im Sommer verbunden mit dem Hinweis, diese Arbeitstagungen zukünftig wieder regelmäßig durchführen zu wollen.

Weiter führte er an, die von **Frau Dr. Ulrike Plate** neu gestaltete Webseite des VHV finde gute Akzeptanz. Die Auswertung der Seitenaufrufe für den Zeitraum April-Oktober habe folgende Werte ergeben: 9345 Besuche, 31545 Seitenaufrufe, durchschnittlich würden drei Seiten pro Besuch aufgerufen. Zu berücksichtigen sei, dass der untersuchte Zeitraum mit der Erstellung der Webseite einhergehe, wodurch die Ergebnisse beeinflusst würden. Mittlerweile könne mindestens 14-tgig mit einem neuen Artikel gerechnet werden. Ein regelmäßiger Seitenaufruf werde allen Mitgliedern ans Herz gelegt. 96% der Seitenaufrufe erfolgten durch direkte Zugriffe, nur 4% durch Verweise von anderen Seiten, nur 1% über Suchmaschinen. Diese Situation sollte noch verbessert werden.

In seinem Finanzbericht wies unser Kassier **Dr. Helmut Messer** für 2011 auf ein leichtes Plus hin. Es folgten die Berichte unserer Rechnungsprüfer **Helmuth Mohr** und **Dietmar Stengele** sowie die Entlastung des Vorstands.

Der Vorsitzende stellt die satzungsgemäße Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung fest. **Herr Mohr** führte die Wahlen des neuen Vorstands einzeln durch.

Es wurden gewählt:

Bernhard Freisler (Erster Vorsitzender)

Dr. Helmut Messer (1. Stellvertreter)

Dr. Hans Joachim Hauser (2. Stellvertreter)

Dr. Ulrike Plate (Beisitzerin)

Wolf Eisenmann (in Abwesenheit) (Beisitzer)

Catrin Steinrück (Beisitzerin)



Manfred Dippe und **Dr. Wenger** kandidierten nicht mehr für den Vorstand. **Für Dr. Wenger** konnte kein Nachfolger als Beisitzer gefunden werden. Im Anschluss erfolgte die Verabschiedung von **Dr. Fritz Wenger** aus dem Vorstand. Der Vorstand dankte ihm für sein langjähriges Engagement und überreichte ihm ein Präsent.



Die Mitgliederbetreuung wird von **Walter Bühler** auch künftig übernommen. Hierfür ein herzliches Dankeschön!

Dem Vorstandsantrag auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von jährlich 48,- Euro auf jährlich 54,- Euro (Selbstzahler 70,- Euro) wurde nach kurzer Diskussion stattgegeben.

Im Anschluss an die Mitgliederversammlung fand sich eine gesellige Runde in dem sehr gemütlichen Nebenzimmer der Kellerschenke zusammen und tagte noch geraume Zeit weiter.

Unbefriedigende Antwort des Staatsministeriums zur Eingangsbesoldung

Im September 2011 haben wir Herrn **Ministerpräsidenten Wilfried Kretschmann** sehr nachdrücklich gebeten, die ungerechtfertigte Besoldungskürzung für den höheren Dienst in den **ersten drei Berufsjahren um 4%** zurückzunehmen. Dazu hätte im Staatshaushaltsplan 2012 ein Zeichen gesetzt werden können. Diese Chance hat „Grün-Rot“ verstreichen lassen. Ende Januar erhielten wir schließlich eine Antwort, die seither auch auf unserer Homepage eingestellt ist. Zu unserer „Verwunderung“ wurde darin fast nur auf die Themen „Besoldungsver-schiebung“ und „Verschlechterung der Beihilfe“ eingegangen.

Zu **unserem eigentlichen Anliegen** fand sich dagegen nur der **Passus**:

„Gemäß § 23 Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg sind bei Beamtinnen und Beamten mit Anspruch auf Dienstbezüge aus einem Eingangsamt der Besoldungsgruppe A 12 und höher für die Dauer von drei Jahren die jeweiligen Grundgehälter und Amtszulagen um vier Prozent abzusenken. Eine Streichung dieser Regelung ist wegen der damit verbundenen Mehrkosten leider nicht möglich. Der höhere Dienst als Gesamtpaket ist trotz der besonderen Eingangsbesoldung insbesondere für die von Ihnen angesprochenen Juristinnen und Juristen hinreichend attraktiv“.

Wir können darin keine Auseinandersetzung in der Sache erkennen. Das Ärgernis bleibt: Hier wird auf dem Rücken von Berufsanfängern in der Familiengründungsphase gespart. Es geht dabei um ca. 4.500 Euro auf drei Jahren - d.h. viel für die Betroffenen, für Land und Kommunen aber durchaus verkraftbare Beträge. Unsere Frage lautet: Haben das Land und die Kommunen diese Knauserie wirklich nötig? **Wir meinen, nein!**

Ferner halten wir es für **stillos**, einen Brief eines Verbands mit einer politischen Forderung von einem Referenten beantworten zu lassen. Bisher haben derartige Antwortschreiben der Ministerpräsident, Minister, Staatssekretär oder Ministerialdirektor unterschrieben. Ist dies mangelnder Mut? Oder will die „Führung“ unser Thema gar nicht zur Kenntnis nehmen? Wir werden es herausfinden, weil wir nicht locker lassen werden!

Beamte – nur noch Melkkühe der Landespolitik?

Das Land als unser Dienstherr muss nach der Verfassungslage ab 2020 die „Schuldenbremse“ beachten, darf also ab dann keine neuen Schulden mehr machen. Es wäre aber nicht notwendig gewesen, auf dem Rücken der Beamten den Landeshaushalt 2012 auszugleichen. Hieran zeigen sich politische Prioritäten. Während andere bedient werden - z.B. Abschaffung Studiengebühr - werden die uns betreffenden Wahlversprechen gebrochen. Was können wir aber tun, um unsere Interessen besser zur Geltung zu bringen. Es gibt nur eins: Den Beam-

tenbund durch Mitgliedschaft zu stärken, der sich für unsere berufspolitischen Interessen engagiert. Die überzeugende Protestveranstaltung am 03. März 2012 in der Liederhalle in Stuttgart hat jedenfalls eindrucksvoll den Willen des Beamtenbunds und seiner Mitgliedsverbände dazu demonstriert. Dabei skandierten die Teilnehmer auf die Bemerkung des Ministerpräsidenten, dass er dem ganzen Land verantwortlich sei, „wir auch“. Wir denken, das haben wir schon oft bewiesen.

Uns drückt vor allem die Haltung der Grünen auf die Stimmung. Sie merken an, dass man vor allem auch strukturell sparen müsse, aber damit noch gar nicht abgefangen habe. Eine Vereinbarung über die Legislaturperiode hinaus scheiterte deshalb an ihnen. Sie stellen die verfassungsrechtlichen Positionen der Beamten in Frage, obwohl das Bundesverfassungsgericht zur Versorgung bereits festgestellt hat, dass die letzten Renten-Reformen mehr als wirkungsgleich auf die Beamten übertragen worden seien, und erst vor Kurzem die hessischen Besoldung für Professoren wegen mangelnder Alimentation für verfassungswidrig erklärte. Wenn unser Eindruck nicht trügt, scheint sich unser Ministerpräsident, der den Protest eher von der aktiven als passiven Seite gewöhnt ist, von der Drohung des verfassungswidrigen Verhaltens beeindrucken zu lassen. Das besagt auch seine Reaktion in der Liederhalle. Deshalb werden wir uns argumentativ und finanziell auf einen möglichen Prozess beim Bundesverfassungsgericht vorbereiten und gegebenenfalls die amtsangemessene Alimentation einklagen.

Wer sich im Übrigen Personal nicht leisten kann, der soll sich keines einstellen. **Also Personal sparen - nicht am Personal sparen!** SPD und Grüne haben bereits 15 - 20 000 Stellen als bis 2020 für verzichtbar angesehen. Dazu ist aber der Abbau von Aufgaben in entsprechendem Umfang nötig, wenn der Mut zu Einnahmeerhöhungen über Steuern und Gebühren fehlt. Jedenfalls kann es mit der unlauteren und verkehrten Devise, dass das Personal nur einen bestimmten Prozentsatz an den Ausgaben ausmachen dürfe und deshalb bei einem Kostenanteil immer an Sparmaßnahmen zu beteiligen sei, nicht weitergehen. Das Personal erfüllt Aufgaben der Politik und ist nicht für sich selbst da. Logischerweise muss sich das Land dann eben die Aufgaben verkneifen, wenn es sich das Personal dafür nicht leisten kann und nicht **seine Beamten als Melkkühe des Landes betrachten, wenn es gerade mal wieder klemmt.**

Bericht zur Arbeitstagung des Regierungsbezirksverbands Tübingen des BBW am 21. November 2011

In Warthausen bei Biberach trafen sich am 21. November 2011, wie **Astrid Exo** berichtet, die Kreisvorsitzenden des Regierungsbezirks Tübingen mit einigen Vertretern der Fachorganisationen im BBW zu einer eintägigen Arbeitstagung. Der Vormittag war prominent besetzt und ganz der Politik gewidmet. Nach den Grußworten von Landrat Dr. Schmid und Bürgermeister

Jautz referierte der BBW-Vorsitzende **Volker Stich** über die geplanten Kürzungen bei den Landesbeamten.

Er schilderte den Verhandlungsstand mit der Landesregierung und den Regierungsfractionen und sagte, dass der BBW Verfassungsbeschwerde einlegen werde, wenn der Landtag die Grundfesten des Beamtentums angreifen sollte. Bisher habe das Bundesverfassungsgericht immer entschieden, dass eine angespannte Haushaltssituation kein Argument für Eingriffe in die Stellung der Beamten sei. Wichtig sei eine Vereinbarung zwischen BBW und Landesregierung, die strukturelle Eingriffe in der gesamten Legislaturperiode ausschließt.

Manfred Lucha MdL, Abgeordneter der Grünen für den Wahlkreis Ravensburg, zeigte sich erfreut, zum ersten Mal Herrn Stich „live“ zu erleben, denn ihm eile ein Ruf voraus. Er selbst sei ein Verfechter eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes, ebenso wie die ganze Grünen-Fraktion. Der Landeshaushalt müsse mit Respekt gegenüber allen Berufsgruppen konsolidiert werden. Eine um 25 % höhere Kostendämpfungspauschale sei verkraftbar, ebenso wie die Erhöhung des Beitrags für Wahlleistungen; diese seien eben freiwillig, die Basissicherung sei doch gewährleistet. Er nannte als einen Eckpunkt der Grünen-Fraktion im Beamtenrecht, dass die Beihilfesätze „grundsätzlich“ beibehalten werden sollen.

Stich entgegnete, es sei gefährlich, den Beamten mehr als anderen zuzumuten, weil sie dem Zugriff des Landes unterlägen. Viele Beamte seien einem freiwilligen Ersatzkassensystem nicht abgeneigt, denn viele Pensionäre würden dann weniger zahlen. Bei einer Absenkung der Beihilfesätze könnten sich viele Pensionäre wegen ihres Gesundheitszustands nicht nachversichern, obwohl sie verpflichtet seien, die Deckungslücke zu schließen. Daher sei eine Absenkung verfassungswidrig.

Die Bezirksvorsitzende **Ursula Korn** stellte die Reformüberlegungen für die Bezirksverbände vor, die im nächsten Frühjahr im Landeshauptvorstand diskutiert werden. Ab 2013 solle jeder Bezirksvorstand aus dem Vorsitzenden und einem Mitglied pro Landkreis bestehen. Dabei sei die Vielfalt der im Vorstand vertretenen Fachorganisationen wichtig. Der Vorstand solle in einer Regionaltagung durch Vertreter der Fachverbände nach einem Delegiertenschlüssel gewählt werden. Als Gegenstück zu den gestärkten Bezirksverbänden sollen die Kreis- und Ortsverbände aufgelöst werden, da sich diese Struktur nicht bewährt habe.

Der Stellenplan des Landes umfasst insgesamt

226 837,2 Stellen

Davon entfallen auf das

Kultusministerium	110 954,5
Innenministerium	40 561,2
Wissenschaftsministerium	32 060,2

Finanz- und Wirtschaftsministerium	20 642,0
Justizministerium	<u>15 681,5</u>
zusammen	219 899,7

Es bleiben 6 937,5
für Landtag, Rechnungshof, Datenschutzbeauftragten, Staats-, Sozial-, Umwelt-,
Landwirtschafts-, Verkehrs- und Integrationsministerium.

Als neue Mitglieder begrüßen wir:

Oberarchivarin Dr. Monika Schaupp, Staatsarchiv Wertheim
Regierungsdirektorin Margit von Zworowsky, Regierungspräsidium Tübingen
Präsident Thomas Langheinrich, Landesanstalt für Kommunikation
Direktor Michael Kühn, L-Bank

Wir betrauern den Tod unserer langjährigen und treuen Mitglieder:

Ministerialrätin a.D. Dr. Ingrid Fügel-Waverijn,
Stuttgart Regierungspräsident a.D. Dr. Max Gögler, Tübingen

**An den
Verband der höheren Verwaltungsbeamten
Baden-Württemberg e. V.
Frau Anita Hausmann
Ministerium für Finanzen und Wirtschaft
Schlossplatz 4
70173 Stuttgart**

Anmeldung

**Hiermit erkläre ich meinen Beitritt
zum Verband der höheren
Verwaltungsbeamten.**

Name.....
Vorname.....
Dienstbezeichnung.....
Dienststelle.....
Privatanschrift Straße/Hausnummer.....
Postleitzahl/Wohnort.....
E-Mail.....
Bankverbindung
Bankleitzahl.....
Konto- Nummer.....

Änderungen

**Folgende Änderungen werden
hiermit mitgeteilt.**

Name.....
Vorname.....
Dienstbezeichnung.....
Dienststelle.....
Privatanschrift Straße/Hausnummer.....
Postleitzahl/Wohnort.....
E-Mail.....
Bankverbindung
Bankleitzahl.....
Konto- Nummer.....

Zur Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes bitte ich, stets widerruflich, den jeweiligen Mitgliederbeitrag von obigem Konto abzubuchen

Datum.....

Unterschrift.....